

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

30.5.1919 (No. 149)

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.50 Mk. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährlich 4.50 Mk., Einzahlung 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle, Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verleger: Carl Dellemer, für Inhaber Paul Kuhnmann, Druck und Verlag: C. D. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Kämpfstraße in Karlsruhe. — Berliner Anzeiger Nr. 209. Schriftleitung Nr. 20 u. 204.

Verantwortlich für Politik: Martin Göttinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Reichsangelegenheiten: Carl Dellemer; für Inhaber Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. D. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Kämpfstraße in Karlsruhe. — Berliner Anzeiger Nr. 209. Schriftleitung Nr. 20 u. 204.

116. Jahrg. Freitag, den 30. Mai 1919 Nr. 149.

Zum Problem des Auslandsdeutschums.

Von einem genauen Kenner des Auslandsdeutschums erhalten wir die folgenden, im Hinblick auf die Friedensverhandlungen besonders zeitgemäßen Ausführungen:

Wenn wir darangehen, unsere Weltwirtschaft neu aufzubauen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß wir die Auslandsdeutschen um ihre Vermittlung angehen. Wir haben heute auf der Welt niemand außer ihnen, die für das vertriebene Deutschland die Vermittlerrolle werden übernehmen wollen. Auch die Mehrzahl der Auslandsdeutschen würde sich aus egoistischen Gründen dagegen sträuben, wenn diese mit uns nicht den gleichen Haß zu tragen und darüber zu leiden hätten. Das gemeinsame Leid ist der Kitt, der uns stärker als je zusammenhält. Täuschen wir uns aber trotzdem nicht darüber, daß wir sehr verständnisvoll arbeiten müssen, um das Dörmchen der politischen Unlustigkeit, mit dem wir uns in ihren Augen zu ihrem wie unserem eigenen Schaden belastet haben, auszuwischen.

Zunächst: Wer ist Auslandsdeutscher? Auslandsdeutscher ist jeder, der sich zur deutschen Mutterprache bekennt, gleichgültig, ob er ober schon seine Vorfahren, aus irgend welchen Gründen die Reichsangehörigkeit zugunsten der Nationalität des Wohnortes aufgegeben haben.

Ebensoviele wie Polen, um seiner Industrie willen, wird das bolschewistische oder ein zünftiges Ausland die Deutschen müssen können, die ihm seit 300 Jahren unerbittliche Feinde gewesen sind. Zu demütigen deutschen Enklaven, wie sie für Russland typisch sind, müssen wir angemessene Beziehungen aufrecht erhalten oder neu schaffen. Keine Enklave im äußersten Winkel der Welt ist zu klein, als daß wir sie als unwesentlich außer acht lassen dürften, damit kein Deutscher mehr zu unserem Schaden ein reiner Helfer fremden Völkern wird. Als ich uns der Sieg zuversichtlich schenken wir, dann, um solche Enklaven gleichmäßig unter uns zu machen. Nur um als kulturelle und wirtschaftliche Bande kann es sich handeln, die nicht von grünen Tischen, sondern nur nach einem genauen Studium des betreffenden Landes und der Eigenart der in ihm lebenden deutschen Volksgenossen zu knüpfen sind. Nicht als Befehlende, sondern als Bittende müssen wir zu ihnen gehen, denn unsere Schuld ist es, wenn das Auslandsdeutschum sich von seinem Mutterlande soweit hat lösen können.

In erster Linie muß sich unser Blick auf solche Länder richten, wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht lediglich eine Phrase der Opportunitätspolitik ist. Eine erste Rolle wird Südamerika einnehmen sein, wo der Krieg trotz aller Schwereigkeiten den deutschen Handel nicht wesentlich hat erschüttern können, wo trotz vieler Zuneigung zur Entente die deutsche chemische Industrie, die elektrische, die Maschinen- und andere Industrien heute wie vor dem Kriege um ihrer Dualitätsarbeiten willen in hohem Maße stehen, wo der deutsche Kaufmann der altspanischen zitterlichen Art kompatibel ist als das hochmütige Wesen des Engländers oder des Amerikaners. Wir müssen dabei auch die psychischen Wirkungen der von der Entente gegen uns betriebenen Gewaltpolitik in Rechnung stellen, die uns mit zunehmender Entfremdung ein wachsendes Mitleidgefühl stiften kann. Denken wir daran, wie nach 1871 Frankreich seine Chancen als Unterlegener gegen uns, den Sieger von damals, auszunutzen verstanden hat. Ein Thiers, der damals aussagte, „Europa zu suchen“, fand es nicht so leicht; seine Nachfolger haben es gefunden. Ebenso müssen heute wir aussuchen, die Welt zu suchen.

Im Jahre 1917 lief die Nachricht durch die deutsche Presse, daß ausgehend von dem deutschen Handelsbureau von Wolfgang Meier in Funktion und den Deutschen in Paragana, die Gründung eines Weltbundes der Auslandsdeutschen vorbereitet würde. Wenn ich recht unterrichtet bin, besteht eine Organisationsgruppe dieses Bundes in Gumburg. Solche Fäden wird man aufsuchen und unter Ausnutzung früherer machtpolitischer Wünsche nach der kulturellen und wirtschaftlichen Seite fortspinnen müssen. Dabei wird man sich jener in Nordamerika von einem Herrn Sigle ins Leben gerufenen „Liga für die Demokratie in Deutschland“ erinnern, die als einziger Bund während der Kriegszeit sich der Duldung der Nordamerikaner erfreute. Es wird gut sein, an die Stelle eines überlebenden Fühlens über derartige Verbindungen heute die Forderung ihrer psychologischen Voraussetzungen zu stellen.

Das in Stuttgart unter roter Teilnahme weiter Kreise des Handels und der Industrie 1917 gegründete „Deutsche Auslandsinstitut“ hat sich die Föhrung solcher Aufgaben, wie ich sie hier kurz angedeutet habe, zum Ziel gesetzt und wird, sobald es nur irgend möglich ist, seine Sendboten hinaus-schicken.

Eine der ärgsten Enttäuschungen des Verfallers Vertragsgemüßes traf die Auslandsdeutschen. Die Friedensbedingungen lagen zwar nirgendwo, daß den Deutschen im Ausland die Gleichberechtigung verweigert sein soll. Aber es ist doch deutlich gemacht, daß es unieren Gegnern darum zu tun ist, den Auslandsdeutschen jede Rückkehr zu ihrer früheren Wohnstätte praktisch zu erschweren, daß ein ihnen zugedachenes Recht der freien Wiederkehr nur platonische Bedeutung haben würde. Ebenfalls ist es Pflicht der Regierung, noch in letzter Stunde alles zu versuchen, um die Auslandsdeutschen und damit Deutschland vor schweren Schädigungen zu bewahren.

Die deutsche Denkschrift — Neu Dokumente für die Schuld der Entente.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gebracht:

Der gesamte Text der deutschen Denkschrift mit den Gegenvorschlägen befindet sich jetzt in den Händen der Gegner, und in ihren Seelen wird sich der letzte Kampf abspielen, der zur besseren Einsicht und zur Beruhigung der gegnährten Menschheit, oder zu neuem Unheil führen muß. Uns Deutschen bleibt nichts anderes übrig, als mit ruhiger Entschlossenheit abzuwarten, was auch geschehen möge. Der Inhalt der Denkschrift wird unsere moralische Rechtfertigung vor der Welt bleiben, und wenn auch im Augenblick der Haß Clemenceaus durch Zwang die Unterschrift aus uns herauszupressen mag, Frankreich wird sehr bald herausmerken, daß es der Früchte seiner bisherigen Gewaltpolitik nicht froh werden kann.

Die Weltgeschichte wird auch nach dem Friedensschluß weiter gehen, und gerade die Entente-politik hat Europa in einen Zustand krankhafter Spannung verlegt, die sich früher oder später in neuen gewaltigen Explosionen entladen muß. Zur rechten Zeit hat nach in Petersburg aufgefundenen Geheimnissen die russische Zeitschrift „Pravda“ neue unaufrichtbare Beweismittel veröffentlicht. Und mag die deutsche Politik 1914 und vorher noch so fehlerhaft, ungeschickt und verblendet gewesen sein, die Hauptschuld an dem Ausbruch der furchtbaren Katastrophe fällt doch auf die egoistischen Machthaber an der Seine und der Rena und auf die englische Entente-politik gegen Deutschland.

Der „Vorwärts“, der jenes Dokument, das besonders auch über die verhängnisvolle Rolle J. Woodruffs neues Licht verbreitet, wiedergibt, sagt dann zum Schluß mit Recht: Die Männer der Entente, die an den welt-politischen Zettelnungen von 1909 bis 1914 teilnahmen, haben nicht das Recht, über andere zu Gericht zu sitzen. Das Beweismaterial der „Pravda“ spricht nicht für die Unschuld der früheren deutschen Machthaber, desto mehr aber für die Forderung der jehigen deutschen Regierung nach Einsetzung eines unparteiischen Gerichtshofes.

Die deutschen Gegenvorschläge.

Verailles, 28. Mai. Reichsminister Graf von Brodorski-Rambau hat heute Clemenceaus den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift an dem von den Gegnern überreichten Friedensvertragsentwurf mit einer kurzen Beileinote übermittelt.

Verailles, 30. Mai. (Reuter.) Der zweite Teil der deutschen Gegenvorschläge wurde auf dem Sekretariat der Konferenz gestern nachmittags um 2.15 Uhr übergeben.

Verailles, 30. Mai. Nach dem „Temps“ hat der Biererrat gestern vormittags eine kurze Sitzung abgehalten. Am Nachmittag hatte er sich wiederholt vereint, um Kenntnis von den bereits überreichten Teilen der Gegenvorschläge zu nehmen.

Verailles, 28. Mai. Die „Chicago Tribune“ verbreitet die Nachricht, Graf Brodorski-Rambau werde am Mittwoch mit Sonderzug Verailles verlassen. Das Personal der Delegation werde wesentlich umgestaltet. Graf Brodorski-Rambau stelle eine neue Friedensdelegation zusammen, die in einigen Tagen in Verailles ankommen werde. Diese sei mit Instruktionen versehen, den Friedensvertrag durchaus zu unterzeichnen.

Diese Nachricht gibt auch die sozialistische „Aure“, bekanntlich das Organ von Marcel Sembat, wieder. Man muß sich wahrhaftig wundern, daß ein erstarrter Politiker wie Sembat in diesem Augenblick seinen Publikation ein derartiges Märchen aufsuchen kann. Was mit demartigen Falschmeldungen bezweckt wird, ist durchsichtig. Das französische Volk soll noch in letzter Minute den Beweis erhalten, daß zwischen Berlin und Verailles keine Uebereinstimmung besteht.

Berlin, 30. Mai. Die italienischen Blätter veröffentlichen bereits die deutschen Gegenvorschläge, allerdings ohne auf sie einzugehen. Nur der „Secolo“ bemerkt redaktionell, daß unter den heutigen deutschen Vertretern des Rechtsfriedens auch ehemalige Anhänger eines deutschen Gewaltfriedens seien. Es wäre nicht ehrenhaft, wenn man dem besiegten Deutschland das Recht verweigern würde, sich auf die Grundzüge Wilsons zu berufen, die von den Siegern selbst während des Krieges als für eine aufrichtige Wölderberühnung als unerlässlich bezeichnet worden seien. Der deutsche Entwurf, daß der Verfaller Frieden teilweise ein Gewaltfrieden sei, berechtige eine Revisionsverhandlung im Interesse aller.

b. Berlin, 30. Mai. Unabhängig von den deutschen Gegenvorschlägen sollte, wie dem „Berliner Tagbl.“ berichtet wird, noch eine Antwort auf Clemenceaus Erwidrerung wegen der Kriegsgesangen übergeben werden. Die deutsche Antwort ist in würdiger und festem Tone gehalten und nimmt zu allen von Clemenceau betonten Hauptpunkten eine deutliche und klare Stellung.

Widersprechende Meldungen über Abänderung des Friedensvertrages.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Haag, 30. Mai. Die englische Regierung hat erklärt, daß sie Veränderungen des Friedensvertrages nicht zulassen werde. Der Vertrag müsse im ganzen angenommen oder abgelehnt werden.

Rotterdam, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Newyork am veröffentlicht ein Pariser Telegramm, das besagt, die Alliierten seien nicht mehr so bestimmt in ihrer Zurückweisung jeder Abänderung des Friedensvertrages. Es sei möglich, daß die Zustände in der englischen Arbeiterwelt Lloyd George benehmen haben, daß Konzessionen notwendig sind. Der Berichterstatter

des Blattes meint, man werde bedeutende Abänderungen nicht bloß bei den wirtschaftlichen, sondern auch bei den militärischen Bestimmungen des Vertrages vornehmen.

Vor der Entscheidung.

rb. Versailles, den 27. Mai.

Die französischen Blätter überstreichen heute ihre Leitartikel mit der Wendung: „Die entscheidende Phase hat sich herann.“ In „L'oeuvre“ werden die angedachten deutschen Gegenvorschläge als bedrohlich bezeichnet. Der Text scheint, da er auch in anderen Zeitungen steht, offiziös zu sein. Danach sollte im Saargebiet nur die Rohle unter französischer Kontrolle stehen, während die deutsche Souveränität nicht anerkannt würde. Die Handelsflotte soll nur zur Hälfte auszulieferer werden, der Ausbau der verfallenen Tonnage auf deutschen Werften nach langen Kämpfen erfolgen. Weiter würde die Internationalität der Seefahrt verfallen. „L'oeuvre“ fikt die Worte des Grafen Brodorski-Rambau in „Vorwärts“, daß er einen festen Papier nicht unterschreiben würde, nur als ein Vorzeichen des Abnagens des Grafen auf. „Somme Libre“ teilt das alte Spiel: Werben sie unterzeichnen! fort und kommt um hundertsten Male aus dem Schluß, daß Deutschland unterzeichnen müsse und werde. Allerdings scheinen selbst diesem Platte in den letzten Tagen Zweifel gekommen zu sein, denn es fügt den bezeichnenden Schlußsatz an: Es sei aber für Frankreich ant, was zu sein.

Französische Kommentare.

(Von unserem Berichterstatter.)

rb. Versailles, 29. Mai. Der deutsche Gegenvorschlag ist gestern abend in seiner größeren Hälfte überreicht worden, der Schlußteil wird heute übergeben, nachdem nach die ganze Nacht hindurch an der letzten Formulierung auch durch den Grafen Brodorski-Rambau gearbeitet worden ist.

Die französischen Blätter bringen heute morgen längere Zusätze. Die ziemlich korrekten Angaben führen sich auf einzelne Städte, die von amerikanischen Freibeitrettern schon am 27. abends, nach Washington gegeben wurden. Der deutsche Standpunkt in der Einleitung der Gegenvorschläge, daß es sich nach den Bedingungen des Waffenstillstandes um einen Rechtsfrieden handeln müsse, ist ziemlich richtig wiedergegeben. Die Kommentare der Blätter sind kurz. „Somme Libre“ kommt zu dem merkwürdigen Schluß, ein imperialistisches Deutschland, das sich der Auslieferung des Reichs widersetze und Gleichberechtigung verlange, könne nicht in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden. Wenn Deutschland, wie es seine Gegenvorschläge wollen, Herr aller seiner Mittel bleibe, würde es durch seinen Eintritt in den Völkerverbund den ganzen Bund in Frage stellen. „Echo de Paris“ zieht den Schluß, daß man nach diesem Vorschlag nicht mehr annehmen könne, daß Deutschland ohne militärische Drohungen unterzeichnen werde. Man würde es aber in Deutschland nur auf die kriegerische Geiste der Alliierten ankommen lassen, und dann erklären, man wäre gezwungen, zu unterzeichnen. Immerhin scheint diese Bemerkung ein Fortschritt auf der Einigkeit zu sein, daß wir den ursprünglichen Entwurf nicht unterschreiben können. Die Meldung des „Newyork Herald“, daß die Alliierten 14 Tage zur Verantwortung des deutschen Gegenvorschlags gezwungen würden, wird hier, falls sich diese Meldung bestätigen sollte, als Zeichen dafür angesehen, daß ein ernsthaftes Eingehen auf die Vorschläge des Entwurfs beabsichtigt sei.

Deutsche Gegenforderungen.

Paris, 28. Mai. (Reuter.) Es verlautet, daß die Deutschen gegenüber den Forderungen der Alliierten eine Gegenforderung von 12 658 000 000 Mark für den durch die Blockade anacriditeten Schaden vorlegen werden.

b. Berlin, 30. Mai. Zu der Meldung, Deutschland habe eine Gegenforderung von 13 Milliarden Forderungen an die Alliierten aufgestellt, bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Die Gegenforderung dürfte sich auf die Zeit seit Inkrafttreten des Waffenstillstandes beziehen, da Deutschland mit der Befehuna der Rheinbrückenköpfe und mit der Auslieferung der Kriegsschiffe usw. unzufrieden sein notwendig war, habe die Blockade aufgehört, ein Kriegsmittel zu sein, sie sei nichts anderes, als ein unzulässiger politischer Anmarsch zur Annahme des Diktatfriedens.

Die Befehung des linken Rheinufers.

Amsterdam, 28. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Daily News“ meldet seinen Blatt, es gäbe keine Frage, die mehr gelöst werden müßte, als diejenige der Befehung des linken Rheinufers. Die Forderung des Warschauer Foch auf der geheimen Vollziehung der Friedenskonferenz nach einer viel längeren Befehung als 15 Jahre sei bereits bekannt. Es werde allgemein angenommen, daß die Befehung des linken Rheinufers sich nicht auf einen längeren Zeitraum als 15 Jahre erstrecken werde. Diese Annahme sei jedoch in keiner Weise zu rechtfertigen; denn wenn der Friedensvertrag in seiner jetzigen Form unterzeichnet würde, bestünde nicht etwa eine 15jährige Befehung des linken Rheinufers, sondern eine tatsächliche Annexion für eine unbestimmte Zeitdauer bevor. Dies ergebe sich aus der Bestimmung, daß die in Frage kommenden Gebiete oder Teile dieser Gebiete sofort wieder besetzt würden, wenn die interalliierte Entscheidungs-kommission der Ansicht sei, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen oder einen Teil davon nicht nachkommen werde; denn — so fährt der Korrespondent fort — über die Frage, ob Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen wird oder nicht, herrscht eine Ansicht, nämlich die, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen wird, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es diese Bedingungen nicht erfüllen kann. Die Alliierten hätten also die Frage der Befehung deutscher Gebiete an Bedingungen geknüpft, von denen sie wohl wissen, daß sie unerfüllbar sind. Der Korrespondent meint: Das ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, wohin die Völkerverträge durch eine unheimliche Klausel in einem Vertrag, den sie niemals zu Gesicht bekommen dürften, geführt werden können.

Die Blockade gegen Ungarn. — Die Befehung der linksrheinischen Gebiete.

London, 30. Mai. (Reuter.) Unterhaus. — Barmouth erklärte, daß die Blockade gegen Ungarn vorläufig aufrechterhalten werde, da die alliierten und assoziierten Regierungen nicht der Ansicht seien, daß die belagerte Regierung Ungarns das noch immer ein feindliches Land sei. Sicherheit für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung biete. Barmouth fragte, ob beabsichtigt sei, eine gemischte alliierte Streitmacht für die Dauer von 15 Jahren an am Rhein an zu belassen und wenn ja, wie stark das britische Kontingent sein werde. Barmouth fragte, bis jetzt seien noch keine Abmachungen darüber getroffen worden.

Der Friedensvertrag mit Oesterreich.

St. Germain, 30. Mai. Der Vertrag mit den österreichischen Bevollmächtigten wird erst am nächsten Montag mittags überreicht werden können. Die Nachricht von diesem neuen Aufschub hat befreilichermesse bei den Delegierten arake Enttäuschung hervorgerufen und wurde lebhaft erörtert.

b. Berlin, 30. Mai. Wie die „Spit“ von gut unterrichteter Seite aus Wien erfahren haben will, ist in den Friedensbedingungen für Oesterreich ein Paragraf enthalten, wonach alle Reichsdeutschen in führenden und selbständigen Stellungen in kürzester Zeit auszuweisen seien.

Die angebliche neue Mobilisation in Belgien.

Paris, 30. Mai. (Wa. Sabas.) Einer Meldung des „Zeit Journal“ aus Brüssel zufolge, dementsprechend Kriegsminister Masoin die Gerichte von einer neuen Mobilisation. Nur die Studierenden werden für kurze Zeit zu ihren Korps zurück.

Amerikanische Finanzoperationen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Haag, 30. Mai. Hervorragende amerikanische Bankleute haben Pläne zur Unterstützung Europas ausgearbeitet. Der Kongress wird in den nächsten Tagen Beschlüsse über die Verwendung von einer Milliarden Dollar zur Befehung des amerikanischen Außenhandels fassen.

Das angebliche Kompromiß in der Adriafrage.

Verailles, 30. Mai. Wie der „Temps“ meldet, ist in der Adriafrage ein Einverständnis erzielt worden. Präsident Wilson hat seine Zustimmung zu dem Arrangement gegeben, das auch Orlando angenommen hat. Das Abkommen lautet:

1. Die Stadt Fiume außer der Vorstadt und der Vorstadt wird mit dem westlich angrenzenden Gebiete einen unabhängigen Staatteil bilden, der unter die Regide des Völkerverbundes gestellt wird. Dieser Stadtteil wird mit Italien eine gemeinsame Grenze haben und wird die Eisenbahnstrecke Fiume—Raidob erhalten.
2. Zara und Sebenico werden unter italienische Oberherrschaft gestellt. Italien verzichtet aber auf jeden anderen Teil der dalmatinischen Küste und das Hinterland.
3. Endlich wird Italien die jenen strategischen Punkte erhalten, also Cherison und Zuzin, südlich von Fiume, sowie die Insel Rijan und die Insel benachbarten Inseln. Der Völkerverbund wird Italien ferner das Mandat in Albanien zugeteilt.

Die französisch-italienische Rivalfität.

Amsterdam, 28. Mai. „Daily Herald“ meldet aus Paris: Hier scheint man dazu annehmen annehmen zu sollen, daß der von Italien abgelehnte Verdict sich bezieht, daß Frankreich eine ausserproben österreichfreundliche Politik verfolgen solle und daß Frankreich im Verein mit den reaktionären Kräften in Oesterreich an der Wiedererrichtung einer austro-slavischen Föderation helfe.

Amsterdam, 28. Mai. „Daily Herald“ meldet: Als Ergebnis der wichtigen Verhandlungen, die Oberst Douve geführt habe, könne der Beschluß angesetzt werden, daß Italien den Friedensvertrag sowohl mit Deutschland, als auch mit Oesterreich unterzeichnen werde, jedoch mit gewissen Vorbehalten bezüglich der Reancluna der abdrallischen Krake.

Die ägyptische Frage.

rb. Versailles, 27. Mai.

Die Zeitung „Eclair“ beschäftigt sich in einem ausführlichen Artikel mit dem ägyptischen Problem und kommt dabei die englischen Bundesgenossen nicht. Die ägyptische Mission, die Paris berührt habe, sei von den Engländern unwürdig behandelt worden. Die Aufregung der muslimanischen Bevölkerung könne nur durch liberale Maßnahmen befristet werden. Das ägyptische Problem überre auf den ernsthaftesten Fragen und sei nicht nur von Interesse für die Engländer, sondern für alle Alliierten.

Die deutsche Republik.

Die Frage der Ostmark.

Marienburg i. Westpr. 28. Mai. In letzter Stunde vor den größten Entscheidungen der Weltgeschichte versammelten sich die Vertreter der deutschen Volksräte aus Polen und Westpreußen sowie der entsprechenden Organisationen von Ostpreußen, um die Richtlinien für die Handlungen der nächsten Tage zu geminnen. Sie fassen einen Beschluß, in dem es u. a. heißt: „Wir stehen unerschütterlich auf dem Boden, daß der uns angebotene Friedensvertrag und die Bedingungen, die er enthält, nicht abzuweisen ist. Wir erkennen demgegenüber an, daß der Gegenentwurf der deutschen Reichsregierung geeignet ist, die Grundzüge der Wilsonschen Ideen in die praktische Politik einzuführen; weisen aber darauf hin, daß auch eine nur teilweise Abweichung davon in den besetzten Gebieten der Provinz Polen, den Feim in sich trüge für die Bewegung des deutsch-polnischen Streitiges, die Bewegung des Nationalbundes und der Zerrissenheit mit allen ihren verberblichen

Stadt im Auge behaltend, ist er doch für jeden Besonderen eine starke Persönlichkeit.

Vor allem müßten aber jene, welche nach einem neuen Oberbürgermeister suchen, einen solchen an benennenden Namen nennen, der die Bezüge von Gehalt ohne seine Namen nennen möchte, aber daß diese Herren das Amt eines Oberbürgermeisters von Karlsruhe überhaupt annehmen würden, möchte wir bezweifeln. Alles in allem scheint uns deshalb die Wiederwahl des bisherigen Oberbürgermeisters eine Notwendigkeit. Auch die Mehrheitsstimmen sollten ihm ihre Stimme nicht verweigern und im Stadtrat haben selbst Gelegenheit gehabt, zu beschließen, in welcher unterbreifener und selbstloser Weise Oberbürgermeister Siegriß sein Amt verwalte und daher über seine Eiden und Ämten hinweggehen gelassen.

Dem 1. Bürgermeister Dr. Paul wird von mancher Seite vorgeworfen, daß er es an Wohlwollen und loyalen Empfinden für die städtischen Beamten und Arbeiter habe fehlen lassen. Wer ihn genau kennt, muß sich über einen solchen Vorwurf wundern. Selbstverständlich hat Dr. Paul gegenüber den erhabenen Ansprüchen auch die Pflicht, die Befehle, nämlich den finanziellen Aufwand und die Vermögensfähigkeit der Bürgerstadt ins Auge zu fassen, aber berechtigtes Interesse haben bei ihm fast immer ein williges Ohr gefunden. Doch er hat immer seine ganze Kraft reiflos im Dienste der Stadt verwendet, daß er keinen Cent und Pfennig kennt, bis tief in die Nacht auf dem Ratstisch ist, nur nebenbei erwähnt.

Somit der Oberbürgermeister, wie er haben in den verflochtenen Kriegsjahren doppelte Arbeit geleistet; es wäre in der Tat nicht bloß unbillig, sondern auch im höchsten Maß ungerecht und unbillig, ihnen jetzt ihre Tätigkeit mit Rücksicht zu lohnen.

Auch der 8. Bürgermeister, Herr Dr. Kleinmann, hat sein Bestes, im wesentlichen die Finanzen und Schulden, mit Eifer und Hingebung verwaltet. Auch für ihn müßten wir eben, wie für die Herren Siegriß und Dr. Paul, seinen Einsatz in der heutigen kritischen Zeit.

Wir meinen vielmehr, daß sich alle Parteien einigen sollten, die auscheidenden Bürgermeister wieder zu wählen und ihnen dadurch nicht bloß Anerkennung für die Vergangenheit, sondern auch einen Rückblick auf die Zukunft zu bewilligen. Nach unserer Überzeugung würde die Stadt dabei nur gut fahren. Sollte es nicht möglich sein, einen solchen Rückblick zu bewilligen, so müßten wir uns entschließen, die Wahl zu verschieben, was ein Abwärtsschritt wäre. Unsere Stadt kann ein solches Risiko nicht unter keinen Umständen übernehmen. Ein Blick in unsere Nachbargemeinden zeigt, daß dort die Verhältnisse größtenteils schlechter, und die finanziellen Sorgen noch drückender geworden sind als hier, aber keine Stadt ist es bisher eingeleitet, deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt die bisherigen Leiter der Gemeinde abzugeben. In Mannheim hält die demokratische Mehrheit an den bisherigen Bürgermeistern fest.

Bestimmlich haben die Techniker schon längst den Wunsch, auch ihrerseits eine der Bürgermeisterstellen mit einem der ihnen zu befehlen. Dieser Wunsch ist sich gemäß nicht unberechtigt, es ist keine grundsätzliche, sondern vielmehr eine Personalfrage, und so wird sich wohl, wenn auch jetzt nicht sofort, doch in kurzer Zeit, eine Veränderung erzielen lassen. Ein Techniker, der Verwaltungstalent hat, könnte eine wertvolle Ergänzung für unsere städtischen Bürgermeister werden.

Aber noch wichtiger und dringender scheint uns die Organisation eines Rates der Städte der Gegend. Für einen solchen könnte die längst genannte Stelle eines 4. Bürgermeisters geschaffen werden. Das Amt eines Bürgermeisters Paul ist städtisch und kann auf die Dauer nicht von einem Mann und sei er noch so arbeitsfreudig, versehen werden. Ein Teil seiner Geschäfte und jener des Bürgermeisters Dr. Hornmann gäbe ein gerade für einen Gemeindeführer durchaus geeignetes Nebenamt. Die Wehrkosten können bei dem Umfang unseres Budgets überhaupt nicht in Betracht kommen und jedenfalls geringer als die Pensionen für zwei oder drei Bürgermeister. Das Verbot der Arbeiterschaft zur Stadtverwaltung würde dadurch gebrochen und das Gefühl der Zurücksetzung gemindert.

Die Frage der Bürgermeistereiwahl hat im Wahlkampf keine Rolle gespielt. Sie liegt über den Kopf der Wähler hinter den Kulissen zu bedauern, wenn man nicht ganz unpolitisch ist. Wir haben zu dem neuen Stadtrat und Bürgerausschuß das Vertrauen, daß für eine Entfaltung weberpersönliche Vermittlungen noch Parteizwischen entscheiden sind, sondern daß es sich einzig und allein von dem Gesichtspunkt, das Wohl und Gedeihen unserer Stadt und ihrer Zukunft leiten lassen wird.

Aus Baden.

Verband des badischen Lebensmittelgroßhandels, e. V., Sg Mannheim.

Am Karlsruher fand dieser Tage die ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes des badischen Lebensmittelgroßhandels unter Vorsitz des Herrn Georg Schreiber-Mannheim statt, in der festgestellt wurde, daß der Lebensmittelgroßhandel Baden einschließlich der Konsum- und Einkaufsgesellschaften nunmehr in dem Verband vereint ist.

Die auscheidenden Aufsichtsmitglieder, Kommerzienrat G. Sell-Karlsruhe, Herr C. Rodenhe-

der-Karlsruhe und Herr Friedr. Horn-Mannheim wurden wieder gewählt und an Stelle des verstorbenen Herrn Hornbach als Vertreter der Konsumgesellschaften Stadtrat Trautwein-Mannheim.

Nach dem Geschäftsbericht hat der Verband alles versucht, um dem Lebensmittelgroßhandel seine Stellung wieder zu verschaffen, insbesondere indem er verlangte, daß die Einfuhr und Verteilung des Handels übergeben werde. Diese Forderung wurde auch für die Übergangszeit bis zur Wiederherstellung des vollkommen freien Handels entschieden erhoben. Desgleichen wurde verlangt, daß bei der Einfuhr von Lebensmitteln der Handel in viel höherem Maße als bisher herangezogen und besonders die Einfuhr erleichtert werde. In dieser Hinsicht wurde die Errichtung der badischen Außenhandelsstelle begrüßt, deren Vorstand, Herr Hermann Dirich, über ihre Aufgaben berichtete.

Vertreter des Großhandels aus allen Teilen des Landes beteiligten sich an der Aussprache, wie für Baden und Deutschland im Benehmen mit den Außenhandelsstellen die Einfuhr eingerichtet werden könnte, damit endlich Ware an die Verbraucher gelangt. In dem engeren Ausschuss und Beirat der badischen Außenhandelsstelle ist der Verband vertreten.

Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Preisregulierung für die Verteilung von Waren und forderte, daß hier ebenfalls dem reellen Handel die vom Reich angebotenen, an und für sich schon bestehenden Bestimmungen auch wirklich zuzunehmen und daß nicht die Kommunalverbände und andere behördliche Zwischenstellen diese für den Handel bestimmten Beträge einziehen. Es gibt noch immer Kommunalverbände, auch in Baden, die den Großhandel überhaupt nicht bei der Verteilung der Waren, wegen energetischer Stellung genommen wurde, denn der behördliche Großhandel muß seine Kräfte einbringen, wobei Bürgermeister Lehmann bekannt gab, daß über 100 Geluche um Erteilungen von Ein- und Zweifamilienhäusern eingegangen seien, an deren vollständige Ausführung natürlich gar nicht zu denken ist. Der Lebererwerbungsgründ der Staatsregierung würde dazu allein 2 Millionen Mark, der der Stadt eine halbe Million Mark erforderlich sein, die auf keinen Fall ohne allerhöchste Prüfung auszugeben werden könnten. Mit dem Regierungs-Beauftragten wurde es überhört nicht auf, daß die Städte Mannheim und Offenburg so hohe Kapitalkosten hätten, daß für die weiteren Städte Erhebungen nötig würden. Vollkommen unzulässig sei das Verfahren der Regierung, die Postämter nach der Kopfzahl der Einwohnerzahl der Städte zu bemessen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Forderung der 750 000 Mark, bezugnehmend auf die Stadt Wilmanns mit einem Sub von einem halben Prozent gutgeheißen. Der Antrag erfolgte in einem Zeitraum von 50 Jahren. Zum Schluß wurde noch die Neubesetzung des Schöffenrats genehmigt.

Generalversammlung des Bad. Brauerbundes der Kleinbrauer.

Offenburg, 30. Mai. In der kürzlich hier abgehaltenen Generalversammlung des Badischen Brauerbundes der Kleinbrauer machte Stadtrat Landtbaas, Weikhaub-Willendorf die Mitteilung, die badische Regierung werde an dem bestehenden Brauerererbrecht festhalten und es nur im Verein mit Baden und unter dem gleichen Bedingungen mit Baden aufgeben, das ausweit in Verhandlungen mit der Reichsregierung liege. Die badische Regierung müsse auf diesem Wege die badischen Interessen sowohl der Kleinbrauer, wie der Kleinbrauer mit dem Badenverein. Der Vorsitzende Brauerererbrecht Herr R. Wilmanns führte bei Eröffnung des Jahresberichts aus, die befristete amnestische Zusammenkunft der Brauerer habe sich vermeiden lassen, sondern habe der freiwillige Zusammenschluß im Wege der Lebererwerbungs des Konsums an andere Brauerer weitere Fortschritte gemacht. Die Kommission bereite der Brauerererbrecht eine besondere Sorge. Die Aussichten der Zukunft seien sehr unklar; die Gerichtsentscheidung werde sich in beiden Fällen halten müssen. Dem Bund schied Herr Wilmanns an. Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Birner, der eine Wiederwahl ablehnte, Brauerererbrecht Herr R. Hornmann zum 1. und Herr R. Wilmanns zum 2. Präsidenten gewählt. Am Schluß auf die unangenehme Gerichtsentscheidung über die Verteilung der Gerichtsämter einer eigenen Verteilungskommission für Gerichte in Baden.

Schnellzug nach Berlin.

Am Samstag, den 31. Mai, verläßt der Schnellzug 1 37 nach Berlin von Mannheim ab in dem von 1. Juni an äulischen Fahrplan: Mannheim ab 5.15 nachm., Seidelberg ab 5.50, Berlin an 8.30 vorm.

Worheim, 30. Mai. Die Polizei verhaftete einen Mechaniker, einen Maschinenführer und einen Elektrotechniker, die durch Einbruchsdiebstahl in einer hiesigen Fabrik für 45 000 Mark Gelbmetall gestohlen hatten. Auch die Helfer, die das Metall weiterverkauften, wurden festgenommen.

Schwetzingen, 30. Mai. Wegen verarmter Arbeitskräfte drang der 30jährige Hilfsarbeiter Schermann in das Haus seiner ehemaligen Brauerin ein und wollte das Mädchen erschlagen. Dieses war kurz zuvor weggegangen. Er bedrohte die Mutter des Mädchens und sandte der flüchtenden Frau zwei Schüsse nach, die jedoch fehl gingen. Darauf stürzte sich Schermann selbst durch mehrere Schüsse in den Kopf. Bei dem Toten fand man zwei Revolver und eine Schachtel mit Patronen.

Wiesloch, 30. Mai. Ein Motorradfahrer wollte an dem Neuenberger Übergang der Rebenbahn nach vor einem Zug die Gleise überqueren. Der Motorradfahrer beachtete das Warnungssignal des Zugführers nicht, wurde von dem elektrischen Motorwagen erfasst und auf der Stelle getötet. An dem Übergang, an dem sich schon mehrere Unglücksfälle ereignet haben, befindet sich keine Schranke.

Seidelberg, 30. Mai. Der Zopfabschneider, der schon seit einiger Zeit hier sein Unwesen treibt, hat am Montagabend abermals einem Mädchen

die Bäume abgeknippt. Der Unbekannte ist verhaftet worden. — Ein hiesiger Kaufmann, der sich an Schiebergeschäften beteiligte, ist verhaftet worden. Er sollte nach Berlin zum Preis von 300 000 Mark einen Wagon Speisefett liefern, sandte aber einen Wagon Schmierfett. Die betrogene Firma verklagte sofort die hiesige Polizei, die den betrogenen Schieber verhaftete und bei ihm 64 000 Mark beschlagnahmte.

Tanberghofheim, 30. Mai. Der Senior der Geistlichkeit der Erzbischöflichen Freiburg Diözese, D. W. Friedrich beschloß fester Lage sein 93. Lebensjahr.

Meßkirch, 30. Mai. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden etwa 700 bis 800 Liter Branntwein beschlagnahmt. Die Fässer waren in einem Eisenbahnwagen im Stroh versteckt.

Radolfzell, 29. Mai. Den Grenzwachposten in Steinhilf ist es gelungen, die Frau eines höheren deutschen Beamten aus Gemmenlofen festzunehmen, als sie eine beträchtliche Menge Schokolade über den See hinwegzuleiten wollte. Die Verhaftete soll, wie sie eingekerkert hat, etwa 500 Kilo Schokolade und Kleider im Wert von mehreren tausend Franken über die Grenze gebracht haben.

Wilmanns, 29. Mai. In der hiesigen Sitzung vor dem Bürgerausschuß zum letztenmal in seiner jetzigen Zusammensetzung beizutreten und genehmigte sämtliche umfangreichen Vorlagen. Zunächst den Beschlüssen mit seiner Umlageerhöhung, dann die einmalige Teuerungsanlage für die hiesigen Beamten und Angestellten mit zusammen 62 000 Mark, ferner die Anstellung eines hiesigen Geometers mit 3000 Mark Anfangsgehalt. Die Erhebung des elektrischen Strompreises für Licht und Kraft mit einer Gesamtzunahme von rund 70 000 Mark pro Jahr. Weiter 6000 Mark Anleiheerhebung bei der Arbeit für die Friedhofserweiterung, 107 000 Mark für die Straßenherstellung im Stadtgebiet der Schützenwiesen, wobei Bürgermeister Lehmann bekannt gab, daß über 100 Geluche um Erteilungen von Ein- und Zweifamilienhäusern eingegangen seien, an deren vollständige Ausführung natürlich gar nicht zu denken ist. Der Lebererwerbungsgründ der Staatsregierung würde dazu allein 2 Millionen Mark, der der Stadt eine halbe Million Mark erforderlich sein, die auf keinen Fall ohne allerhöchste Prüfung auszugeben werden könnten. Mit dem Regierungs-Beauftragten wurde es überhört nicht auf, daß die Städte Mannheim und Offenburg so hohe Kapitalkosten hätten, daß für die weiteren Städte Erhebungen nötig würden. Vollkommen unzulässig sei das Verfahren der Regierung, die Postämter nach der Kopfzahl der Einwohnerzahl der Städte zu bemessen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Forderung der 750 000 Mark, bezugnehmend auf die Stadt Wilmanns mit einem Sub von einem halben Prozent gutgeheißen. Der Antrag erfolgte in einem Zeitraum von 50 Jahren. Zum Schluß wurde noch die Neubesetzung des Schöffenrats genehmigt.

Aus dem Stadteile.

Der Himmelstempel war selten schön. Für den Stadler hat ja so ein in die Woche hineinfallender Freitag eine ganz andere Bedeutung als für das Land. Was den Mauern der Stadt entfällt, sucht Erholung in grün-dunklen Wäldern und lachenden Auen. Der Himmelstempel war auf dem Lande nicht nur ein Tag der weltlichen Zerstreuung. Man sah feierliche Bittgänge um das Gedeihen der Felder, und es gewahrte einen stillen Einzug, die dahineilenden Wanderleute und gleichzeitig die empfindlichen Augen wurde so ein reiches Landschaftsbild mit unaußerordlicher Staffage. Dem rechten Wandermann gewährte der geistige Feiertag einen ungegrüßten Genuß. Aber man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß sich die hiesigen und ländlichen Wünsche gestern kaum auf eine Linie stellen ließen. Der Landmann hat um Regen. Und der Stadt auch im Interesse der Städter. Seit Wochen dürsten die Fluren nach Erquickung. Heißer Boden stützt über der ausgegangenen Scholle. Der freudige Segen des Himmels ist das nächste Erfordernis.

Der Kreisverein Karlsruhe vom Verband Deutscher Hundsgesellschaften zu Leipzig hatte seinen am 17. Mai stattfindenden Begrüßungsabend wegen der Landesstrauer verabschiedet. Das Fest findet nunmehr heute Samstagabend 8 1/2 Uhr im Eintrachtlokal statt.

Aus dem Schachleben. Im Schachklub hielt Herr Th. Weikinger vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über die Grundzüge der Spielentwicklung. Hierauf fand ein Simultanspiel statt, in dem Herr Weikinger von 14 gleichzeitig gespielten Partien 13 gewann und eine unentschieden machte.

Unfall mit Todesfolge. Ein 8 Jahre alter Schüler wollte am Mittwoch Nachmittag in einem Haus der Poststraße am Stiegenabgang herunterstürzen, stürzte ab und erlitt hierbei schwere innere Verletzungen. Er wurde nach dem städt. Krankenhaus gebracht, wo der Abende bald nach seiner Entlieferung starb.

Spott.

Leichtfertig. Der auf 1. Juni 1919 nach Mannheim einberufene Verbandstag des Südwesf. Verbandes für Leichtathletik findet nicht statt. Die derzeitigen politischen Verhältnisse und Arbeitsverhältnisse lassen eine Verlegung geboten erscheinen.

Letzte Nachrichten.

Die deutschen Streitkräfte in Ostland u. Livland.

Berlin, 29. Mai. Auf die Mitteilung des Generals Nudant, daß die Ententeeregierungen beschloßen hätten, Deutschland habe alle Streitkräfte in Ostland und Livland anrechtzuerhalten, ließ Reichsminister Erzberger dem General Nudant eine Antwort übermitteln, worin besonders betont wird, die deutsche Regierung könne eine Anordnung der Beibehaltung der deutschen Truppen an Ort und Stelle nicht anerkennen, müsse vielmehr auf dem Standpunkt verharren, daß die sämtlichen Truppen, die sich noch auf dem Kriegesgebiet in Ostland und Livland befinden, über die deutsche Grenze nach ihrem Ermessen zurückzuführen werden können.

Boykott deutscher Industrie.

Amsterdam, 29. Mai. Dem „Ala. Handelsbl.“ wird geschrieben: Die in Amsterdam stattfindende Erste-Luftverkehrs-ausstellung hat sich den englischen Ausstellern dahin verpflichten müssen, daß keine deutschen Artikel ausgestellt werden dürfen. Dagegen wird protestiert. Die Holländer dürfen sich dies im Zeichen des Völkerbundes nicht bieten lassen. In Deutschland besteht ein reges Interesse für diese Ausstellung, und viele deutsche Firmen würden gern auf ihr ausstellen. — Auf Deutschland muß es einen traurigen Eindruck machen, daß die Ausstellungsleitung sich der ungerechten Forderung der englischen Fabrikanten gefügt hat. Es wäre besser gewesen, wenn die Forderung der Engländer mit starker Gebärde abgewiesen worden wäre.

Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Silve, 30. Mai. (Havas.) In den Gruben von Marle, Lerp, Clarence hat am Mittwoch morgen der Streik begonnen.

Berlin, 30. Mai. In der Nacht zum Sonntag drangen Einbrecher in die Kammern der in der Budapeststraße in Berlin untergebracht waren. Die Diebstahlsumme betrug ein gutes Stück. Der aus drei Personen bestehende Bande gelang es in einem Kraftwagen zu entkommen.

Berlin, 30. Mai. Die erste Marinebrigade (Gemeine Division) hat in Stärke von 1400 Mann gestern Berlin verlassen und ist nach Kiel aufzubrechen. Dort wurde sie am Bahnhof von höheren Offizieren willkommen geheißen.

Berlin, 30. Mai. Das Urteil des Gerichtes der 69. Inf.-Brigade in Königs, durch das acht Angehörige vom Inf.-Regiment 171 wegen Mordes zum Tode und 49 Soldaten zu 19 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, ist aufgehoben und eine nochmalige Verhandlung angedeutet worden. Die Behauptung der „Freiheit“, daß eine größere Zahl von Angehörigen des 176. Regiments zum Tode verurteilt worden sei, weil sie sich geweigert haben, ein Jahr länger zu dienen und in der Grenzschutz einzutreten, entspricht nicht den Tatsachen. Das Urteil ist, wie oben gemeldet, wegen Mordes und militärischen Aufruhrs erfolgt. Das Kriegesgericht in Königs, das das Urteil gefällt hat, hat übrigens bereits am 9. Mai beschlossen, ein Gnadengebet für die Verurteilten zu beschließen.

Die „Gegenmaßnahmen der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen“ erscheinen in einer Buchausgabe im Verlage von Reimar Hobbing. Berlin SW. 61. Da die Tageszeitung nur Auszüge dieses für die ganze Zukunft Deutschlands unentbehrlichen Dokumentes bieten kann, sei hierdurch dieses Buch für jeden Staatsbürger warm als Kenntnisnahme empfohlen.

Vom Wetter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dts. Zeit	Barom.	Therm.	Wind.	Feucht.	Wind.	Himm.
	mm	in C	Rich.	l. Proz.	St.	Wol.
29. Mai Nachm. 11.55 U.	751	21,5	6,5	94	W	1/2 bedt.
30. Mai Abd. 10.15 U.	750	15,0	6,5	75	W	1/2 bedt.
30. Mai Morg. 7.45 U.	751	15,9	10,1	75	W	1/2 bedt.

höchste Temperatur am 29. Mai 23,5, niedrigste in der darauffolgenden Nacht 7,4

Rhein-Weinländer, morgens 6 Uhr

	30. Mai	31. Mai
Schifferhiesel	2,29 m	2,25 m
Rehl	3,24 m	3,25 m
Wagen	4,92 m	4,94 m
"	— m	mittags 12 Uhr 4,34 m
Mannheim	4,06 m	abends 6 Uhr 4,08 m

Wanzen

samt Brut, sowie anderes Ungeziefer liefert man am sichersten mittelst unserer neuesten Spezial-Verfahren vollständig vernichten. Billigste Berechnung. Reelle Bedienung. Abonnements für die Herren Hausbesitzer unter besonders günstigen Bedingungen.

Deutsche Versicherung **Anton Springer** gegen Ungeziefer nur Ettlingerstr. 51. Telefon 2340.

Gartenschläuche

sowie sämtliche Zubehörteile liefern in bewährten Qualitäten prompt u. preiswert.

Badische Gummi- und Packungs-Industrie Schöffler & Wörner.

Amalienstr. 15. Karlsruhe. Telefon 3021.

Tapeten, S. Durand

reichhaltige Auswahl

Seuglasstraße 23. Tel. 2435.

Leberstr. 10. Lagerstr. 10. Dientfen.

Wegen Stoffmangel aufbewahren!

Deutsche Kunststopferei

für kunstvolles oder unsichtbares Stopfen und Einweben von Rissen, Brandlöchern, Mottenfraß an Gardinen, Schirmen, Hüten, Teppichen Herren- u. Damenkleidern etc.

Sammelstelle Karlsruhe, Grether, Scheffelstraße 16 III.

A. Muffinger Poststraße 8. Telefon 1700. Spiegel.

Kaffee Bauer

Wiedereröffnung der Vorplatz-Terrasse.

Angenehmer Aufenthalt im Freien bei Konzert.

Heirats-Anstalten!

und sonstige Vermittlungen für alle Fälle der Welt beirät

Auskunft Holweg, Offenburg i. B.

Bad. Landestheater. Freitag, den 30. Mai 1919. Freitagsmiete Nr. 32.

Das Extemporale. Schwank in 3 Akten von Hans Stern und Moritz Färber. Anfang 1/28 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

COLOSSEUM. Täglich 8 Uhr abends

Nur noch 2 Gastspiele des

Frankfurter Intimen Theaters.

Erstklassige Kunstkräfte! Glänzendes Programm.

Heute Freitag, den 30. Mai 1919

Ehrenabend für Heinz Spangenberg.

Vorverkauf im Büro des Colosseums von 10-12 Uhr vormittags.

Maxim

Vornehmstes Weinrestaurant

Herrenstr. 16. am Platze. Telefon 419.

